

**5**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 30. Januar 1975

## Immer tiefer in die Verschuldung

Mit „Bonner Milliarden-Pump“, „Tal der Tränen“ und „Danach die Sintflut?“ kennzeichnet die Presse den Bundesetat 1975 nach Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß. In der Tat: SPD und FDP treiben unseren Staat immer tiefer in die Verschuldung.

Allein im laufenden Jahr wird der Bund etwa genau so viel Schulden aufnehmen wie früher in etwa zehn Jahren zusammen. 1973 nahm der Staat jede fünfte gesparte Mark für sich in Anspruch. 1975 wird es mehr als jede zweite gesparte Mark sein. Schon nach dem von der Regierung im Sommer beschlossenen Finanzplan ist für alle Jahre ab 1976 ein jährliches Defizit von jeweils rd. 20 Milliarden DM zu erwarten. Aus heutiger Sicht werden die Defizite eher größer als kleiner sein. Fehlbeträge in dieser gigantischen Größenordnung kann man auch im Konjunkturabschwung lediglich einmal durch Schulden decken.

Danach bleiben nur eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer oder sonstige ganz einschneidende Eingriffe. Gerade im Hinblick auf diese offenkundige Gefahr wird die CDU/CSU-Fraktion in der zweiten Lesung zusätzliche Ausgabenkürzungen von mindestens drei Milliarden DM beantragen.

### ■ STEUERREFORM

Die mit der Steuerreform einhergehenden Mehrbelastungen machen die Steuerentlastungen wieder zunichte. Die Union hatte rechtzeitig gewarnt. Leider vergeblich. Seite 4

### ■ SPD

Helmut Kohl entlarvt das SPD-Langzeitprogramm als getarntes Instrumentarium zur Durchsetzung marxistischer Zielvorstellungen. Seite 5—7

### ■ FINANZEN

Der Bundesrechnungshof hat Helmut Schmidt nachgewiesen, daß er als Bundesfinanzminister gegen das Budgetrecht des Parlaments verstoßen hat. Seite 7—8

### ■ VERTEIDIGUNG

Namhafte Experten machten auf dem CDU-Kongreß in Koblenz den Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Sicherheit, zwischen Entspannung und Verteidigungsbereitschaft deutlich.

Dokumentation

### ■ NEUES VERSANDZENTRUM

Ab 1. Februar  
IS Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666

## ■ INFORMATIONEN

### Linke Lehrer raus

Wegen der Unterwanderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) durch Linksextremisten will Gewerkschaftsvorsitzender Erich Frister, wie „Quick“ meldete, auf einem außerordentlichen Bundeskongreß die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ des DGB nicht nur auf Maoisten und Anarchisten, sondern auch auf DKP-Mitglieder ausdehnen.

Falls der Bundeskongreß rigorose Maßnahmen gegen Linksextremisten verabschieden sollte, wären allein in Hessen mit seinen 22 000 Mitgliedern Ausschlüsse von mehreren hundert Lehrern fällig. Falls diese Maßnahmen aber nicht beschlossen werden, muß Frister damit rechnen, daß Tausende von Lehrern die Gewerkschaft verlassen und einen neuen Verband gründen.

### Moskau will Berlin austrocknen

Ostexperten des Auswärtigen Amtes in Bonn haben in einer Analyse sowjetischer Politik festgestellt, daß Moskau nach wie vor und trotz aller Verträge die „allmähliche Austrocknung“ West-Berlins anstrebt. Dem bisher nicht veröffentlichten Papier zufolge hat es seit Inkrafttreten des Viermächteabkommens am 3. Juni 1972 über 70 russische Proteste wegen der Einbeziehung West-Berlins in verschiedenen Abkommen der Bundesrepublik mit anderen Staaten gegeben. Die Experten bewerten dies als Zeichen für die Zielentschlossenheit der Sowjets im Ringen um Berlin, dem man nur mit unnachgiebiger Härte begegnen könne.

### Der größte Parteitag der Union

Der 23. Bundesparteitag der CDU, der vom 23. bis 25. 6. 1975 in Mannheim stattfindet, wird mit 779 Delegierten der größte Parteitag in der Geschichte der Union sein. Diese Delegierten-Zahl setzt sich aus den Delegierten der 13 CDU-Landesverbände, den 50 Delegierten der Exil-CDU mit eingeschränktem Stimmrecht sowie den beiden Ehrenvorsitzenden der CDU, Prof. Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, zusammen. Der Delegiertenschlüssel errechnet sich aus den Zweitstimmen, die bei der letzten Bundestagswahl in den einzelnen Landesverbänden für die CDU abgegeben worden sind, sowie aus der jeweiligen Mitgliederstärke. An der Spitze liegen die Landesverbände Rheinland (136 Delegierte), Westfalen (126), Baden-Württemberg (101) und Rheinland-Pfalz (77).

### 100 000 arbeitslose Jugendliche

Von September 1973 auf September 1974 ist die Gesamtarbeitslosigkeit um 150 %, die der Jugendlichen bis unter 20 Jahre jedoch um 230 % angewachsen. Von den inzwischen rund 100 000 arbeitslosen Jugendlichen sind rund 1/3 ohne Berufsausbildung, ein weiteres Drittel erfahren die Arbeitslosigkeit direkt nach Abschluß ihrer Ausbildung oder ihres Schulabschlusses und ein weiteres Drittel sind arbeitslos geworden, nachdem sie Beschäftigungsverhältnisse ohne Ausbildungsabschluß eingegangen waren.

Während die durchschnittliche Arbeitslosenquote für 1974 bei 2,6 % lag, ist die spezifische Jugendarbeitslosigkeit mit 3,4 % entschieden höher. In den Arbeitsämtern Nordrhein-West-

falen beträgt die Quote sogar 4,6 %, in Rheinland-Pfalz 4,4 %.

Ende September waren rund 7 000, davon 3 900 Mädchen, im Alter von 15 Jahren arbeitslos, 11 000, davon 5 700 Mädchen, finden mit 16 Jahren keine Arbeit, 15 500, davon 5 700 Mädchen, waren als 17jährige, 17 300, davon 9 700 Mädchen, als 18jährige, und 18 900 davon 9 300 Mädchen, als 19jährige ohne Arbeit.

## Opposition fordert Kürzung des UNESCO-Beitrages

Eine Kürzung des deutschen UNESCO-Beitrags um zehn Prozent hat die CDU/CSU-Opposition beim Haushaltsausschuß des Bundestages beantragt. Sie reagierte damit auf den im November vom Plenum der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Bildung (UNESCO) gefaßten Beschluß, Israel von der weiteren Mitarbeit in der Organisation auszuschließen.

## Materialien für die Betriebsratswahlen

Für die Betriebsratswahlen im Frühjahr bieten die Sozialausschüsse folgende Materialien an:

1. Flugblatt „Betriebliche Altersversorgung“;
2. Zeitung „bi“ (Betriebsinformation);
3. Broschüre Betriebsratswahl mit Leitfaden zur Durchführung;
4. Stichworte zur Gesellschaftspolitik;
5. Broschüre „Liberal, konservativ, christlich-sozial — die geistigen Grundlagen der CDU.“

Sämtliche Materialien können angefordert werden bei der Hauptgeschäftsstelle der CDA, 533 Königswinter, Adam-Stegerwald-Haus, Telefon (9 09) 2 10 06.

## STICHWORTE

### Die USA

*haben 1973 für Rüstung 74,2 Milliarden, die UdSSR hat etwa 81 Milliarden Dollar ausgegeben.*

### Die Juso-Hochschulgruppe

*an der Uni Göttingen ist bei den Wahlen für die Kollegialorgane der Hochschule mit dem Kommunistischen Studentenbund (KSB) ein Listenbündnis eingegangen.*

### Die Gastarbeiterzahl

*in der Bundesrepublik ist nach amtlichen Schätzungen bis Ende September 1974 um 90 000 Personen bzw. 3,7 % auf 2,35 Millionen zurückgegangen.*

### Ein Gütesiegel

*für Betriebe mit „menschengerechten Arbeitsbedingungen“ soll auf Vorschlag der Sozialausschüsse der CDU Rheinland-Pfalz von einer zu schaffenden Prüfungskommission verliehen werden.*

### Bei der Vertretung

*ihrer politischen Interessen haben nach einer Meinungsumfrage 66 % aller Frauen mehr Vertrauen zu einem Mann als zu einer Frau.*

### Bundeskanzler Schmidt

*sprach bei einer Wahlkundgebung in Kaiserslautern von Rückschlägen, die in der Ostpolitik zu erwarten seien. Es gebe „viel Ärger“ mit der DDR.*

## ■ STEUERREFORM

### Mehr als 20 Milliarden Mehrbelastungen

**Die Ungereimtheiten und sozialen Härten der von Koalitionspolitikern als Jahrhundertwerk gepriesenen Reform sind inzwischen für viele Steuerzahler fühlbar. Die Union hatte rechtzeitig gewarnt — leider vergeblich. (Vergl. UID 4/75)**

**D**iese eklatanten Fehler der Steuerreform treffen gewiß nicht alle Steuerzahler. Aber alle Steuerzahler sind direkt von den zu gleicher Zeit wirksam gewordenen Mehrbelastungen sowie insbesondere von den „per Anordnung oder Gesetz“ drastisch erhöhten Preisen, z. B. bei Bundesbahn und Bundespost, betroffen. Die Rechnung sieht dann so aus: längst fällige Steuerentlastungen (einschl. Kindergeldreform) von 13—14 Milliarden DM stehen — nach ersten vorläufigen Schätzungen — Mehrbelastungen von mehr als 20 Milliarden DM gegenüber, nämlich

	in Mrd. DM
Verlängerung der Heizölsteuer . . . . .	0,8
3. Verstromungsgesetz . . . . .	1,0
Gebührenerhöhung	
Post und Bahn . . . . .	3,5
Beitragserhöhung	
Arbeitslosenversicherung . . . . .	1,0
Beitragserhöhung	
Krankenversicherung . . . . .	5,0
Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze	
a) bei der Krankenversicherung . . . . .	3,5
b) bei der Rentenversicherung . . . . .	7,5
c) bei der Arbeitslosenversicherung . . . . .	0,5
<b>zusammen</b>	<b>22—23 Mrd. DM</b>

Für den einzelnen Haushalt sehen die staatlich verordneten Mehrbelastungen so aus:

**Krankenversicherung:** Wer mehr als 2100 Mark brutto verdient, muß ab 1. Januar 233 DM statt bisher 186 DM zahlen.

**Sozialmieten:** Die Mieten wurden um 28 bis 31 Pfennig pro Quadratmeter angehoben.

**Arbeitslosenversicherung:** Sie wurde am 1. Januar auf zwei Prozent des Bruttoverdienstes erhöht (bisher 1,7 %).

**Rentenversicherung:** Wer mehr als 2800 Mark brutto im Monat verdient, muß ab sofort 37 Mark mehr aus eigener Tasche zahlen.

**Strompreise:** Sie wurden allgemein angehoben und steigen auf jeden Fall für den Durchschnittshaushalt um 1,30 DM pro Monat.

**Gaspreise:** Die Ruhrgas AG hat eine Erhöhung der Erdgaspreise zum 1. April um 70 Prozent angekündigt. Die Erhöhung wird die Verbraucher mit 20 bis 30 Prozent treffen.

### Noch eine Unwahrheit

Die SPD/FDP-Koalition versucht ständig von der eigenen Unfähigkeit mit dem „Argument“ abzulenken, bei unseren europäischen Nachbarn lägen Preissteigerungsrate und Arbeitslosigkeit „viel höher“. Hier die Arbeitslosenquoten, die diese Behauptung Lügen strafen:

Italien	5 Prozent
Belgien	4,8 Prozent
Bundesrepublik	4,2 Prozent
Niederlande	3,4 Prozent
Frankreich	2,8 Prozent
Großbritannien	2,8 Prozent
Schweden	2,0 Prozent
Österreich	1,3 Prozent

■ SPD

## Das Langzeitprogramm der SPD: Unklar, mehrdeutig, widersprüchlich

**Das 2. Langzeitprogramm der SPD, dessen allgemeiner Teil jetzt im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, steht in der Tradition des Godesberger Programms: Es ist in zentralen Aussagen unklar, mehrdeutig und widersprüchlich. In einer kritischen Betrachtung äußerte sich dazu der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl folgendermaßen:**

Zentrale strategische Begriffe der radikalen Linken in der SPD — wie „Doppelstrategie“ oder „Klassengesellschaft“ — sind wieder in das Programm aufgenommen, werden aber so allgemein definiert, daß die Aussagen überflüssig, weil selbstverständlich sind. Man muß deshalb vermuten, daß hier bewußt Hintertüren für eine andere, auch radikalere Interpretation offengehalten werden.

So wird die Bundesrepublik Deutschland als „Klassengesellschaft“ beschrieben, weil in ihr die Teilhabe an Gütern und Dienstleistungen ungleich verteilt ist. In diesem Sinne ist aber jede Gesellschaft eine „Klassengesellschaft“. Zugleich wird von dieser „Einsicht“ das Recht und die Pflicht des Staates auf stärkere Eingriffe und zentrale Regulierung abgeleitet — zur Beseitigung eben dieser Ungleichheiten.

Hier wie an anderen Stellen wird deutlich: die SPD interpretiert das Gleichheitsprinzip nach wie vor egalitär. Sie

strebt eine Egalisierung der Gesellschaft an. Die Gleichheit zeigt hier ihr freiheitsfeindliches Gesicht. Während die CDU mehr Gleichheit um der Freiheit willen will, schiebt sich bei der SPD Gleichheit vor die Freiheit. Politisches Ziel ist im einen Falle die Freiheit des einzelnen, im anderen Falle die Gleichheit der Gesellschaft. Freiheit ist für die SPD nicht zunächst eine personale, sondern eine gesellschaftliche Kategorie. Außerdem findet sich im Programm kein klares Bekenntnis zum Leistungsprinzip. Die Frage vieler Menschen bleibt offen, ob sich denn heute noch Leistung für sie lohne.

Von Karl Marx übernimmt das Programm den Irrtum, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt Ergebnis des bewußt planenden menschlichen Verstandes sind, daß sie von den Menschen selbst „erzeugt“ und „geschaffen“ und deshalb auch von den Menschen „rational“ verändert werden können. Die Folgen des Irrtums:

— Eine ungerechte Überschätzung der Möglichkeiten der zentralen Planung in unserer Gesellschaft — auch wenn der Begriff Planung eher tabuisiert wird — eine Hoffnung, auf die Jungsozialisten der 80er Jahre zurückkommen werden.

— Die pathetische Rede von den „gesellschaftlichen Widersprüchen“ und die Hoffnung auf deren „Auflösung“, wo es sich um die selbstverständliche Tatsache handelt, daß Gesellschaften (wie Men-

schen) immer hinter ihren „objektiven Möglichkeiten) zurückbleiben.

— Sündenbocktheorien des Scheiterns sozialdemokratischer Politik: sie scheiterte am Widerstand der „Privilegierten“, die ihre „gesellschaftliche Stellung“ und „Machtposition“ ausnutzen. Den „mittleren Gesellschaftsschichten“, damit auch Teilen der Arbeitnehmerschaft, wirft die SPD indirekt aber deutlich ein falsches Bewußtsein vor, das sie für „Angstkampagnen“ anfällig mache. Die SPD reklamiert für sich nach

## Manipulation der öffentlichen Meinung durch „Vertrauensarbeit“

Deutlicher als durch diese geplante Manipulation hätte der politische Offenbarungseid nicht ausfallen können. Die SPD zweifelt an der Überzeugungskraft ihrer Politik. Statt ihrer Politik versucht sie, in marxistisch-sozialistischer Tradition, das Bewußtsein der Menschen zu ändern. Ob gewollt oder ungewollt: diese „Vertrauensarbeit“ ist der Versuch, demokratische Kontrolle und öffentliche Kritik zu unterlaufen und so „sozialdemokratischer Politik die Freiheit zu langfristiger Strategie“ zu geben.

Hier und in anderen Passagen des Langzeitprogramms wird deutlich: das Demokratieverständnis des Godesberger Programms wird nicht modifiziert, im Gegenteil. Dieses parteiische Demokratieverständnis der SPD führt zu einer Verketzerung des politischen Gegners und der Andersdenkenden, die den Rahmen üblicher parteipolitischer Polemik weit übersteigt und Zweifel an der konsequenten Bejahung des gesellschaftlichen Pluralismus durch die SPD nährt. Immer wieder ist die Rede von „den konservativen und reaktionären Kräften“, von „Eigensucht“, „begrenzten In-

teressen“, „irrationalen“ und „gefühlsmäßigen Vorurteilen“, von „Dogmatikern des Konservatismus“.

wie vor, wenn auch indirekt, ein Monopol auf die objektiv richtige Politik. Allerdings scheint die SPD schon jetzt daran zu zweifeln, daß die Bürger von der Richtigkeit dieser Politik in Zukunft mehr überzeugt sind als in Vergangenheit und Gegenwart. Deshalb kommt der „Vertrauensarbeit“ der Partei zentrale Bedeutung zu. Diese „Vertrauensarbeit“ soll die Zustimmung zur SPD auch dann sichern, wenn die Bürger von sozialdemokratischer Politik enttäuscht sind.

Wegen ihrer einseitigen Bindung an den DGB — dieser wird teilweise zu einem Instrument in der politischen Strategie der SPD degradiert — ist die SPD nicht in der Lage, das Grundproblem in Staat und Gesellschaft, Macht und Kontrolle der Verbände, auch nur angemessen zu formulieren, geschweige denn zu lösen.

Die Marktwirtschaft wird mit Einschränkungen bejaht, nirgendwo aber als Konsequenz demokratischer Prinzipien angesehen. Statt dessen wird immer wieder eine „Demokratisierung der Wirtschaft“, eine „wirksame demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Verfügungsgewalt“ gefordert. Wie dieses Ziel, „die Verfügungsgewalt in der Wirtschaft demokratisch legitimierter öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen“, ordnungspolitisch verwirklicht werden soll, bleibt unklar. Klar ist nur eines: Die Formel „demokratische Kontrolle“ läßt alle möglichen Deutungen zu. Sie ist offen auch für die Vorstellungen mancher Jusos. Deren zentrale Thesen haben sich als wahl-

schädigend erwiesen. Jetzt werden Ausweichstrategien vorgeschlagen — zum gleichen Ziel?

Das Langzeitprogramm fordert ein langfristiges staatliches Infrastrukturkonzept. Es würde „Umfang, Richtung und Qualität der Produktionsströme genügend beeinflussen, der einzelwirtschaftlichen Entscheidung aber den für die wirtschaftliche Dynamik unentbehrlichen Freiheitsspielraum überlassen“. Doch gerade daran muß man zweifeln angesichts der Anzeigepflichten, Auflagen und Verbote für verschiedene Investitionen.

## **Angriff auf Schleichwegen gegen unsere Wirtschaftsordnung**

Ausdrücklich wird die Frage der Vergeellschaftung von Produktionsmitteln offengehalten. Der Hinweis, daß für die Steuerung der Wirtschaft die bisherige „bloße Globalsteuerung“ nicht ausreicht, und die fast unverhüllt ausgesprochene Hoffnung und Drohung, die Unternehmen unter politischen und psychologischen Druck setzen zu können, lassen zusammen mit der „Demokratisierung der Wirtschaft“ den Schluß zu, daß die SPD nach wie vor, wenn auch auf indirektere, schwerer durchschaubare Weise, die Qualität unserer Wirtschaft ändern will.

Der strategische Stellenwert des Langzeitprogramms ist offensichtlich. Er entspricht jenem des Godesberger Programms vor 15 Jahren. Nach einer Serie von Wahlniederlagen soll er für die SPD verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Die Reaktion in der SPD wird sein, wie damals: Kritik der Jungsozialisten von heute, die morgen entdecken werden, daß auch hier „sehr schöne Sätze drinstehen“.

## **■ FINANZEN**

### **Helmut Schmidts Nacht- und Nebelaktion**

**Bereits im März 1974 war aufgedeckt worden, daß der damalige Finanzminister und heutige Bundeskanzler Schmidt mehrere Milliarden aus Haushaltsüberschüssen des Jahres 1973 in bundeseigene Unternehmen gesteckt hatte, ohne das Parlament zu fragen oder auch nur zu informieren.**

**S**eit Oktober 1974 liegt eine offizielle Bestätigung dieser Tatsache vor: Der Bericht des Bundesrechnungshofes. Darin wird der Bundesregierung dieser eklatante Verstoß gegen das Haushaltsrecht nachgewiesen.

Der Bundesrechnungshof hat laut Grundgesetz Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung durch die Bundesregierung zu prüfen. Art. 112 GG lautet: „Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Bundesministers der Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.“ Art. 114 GG lautet: (1) „Der Bundesminister der Finanzen hat dem Bundestag und dem Bundesrat über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden im Laufe des nächsten Rechnungsjahres zur Entlastung der Bundesregierung Rechnung zu legen.“

Der normale parlamentarische Weg der Geldausgabe ist dieser: Der Finanzminister will Geld ausgeben, das nicht im Haushalt vorgesehen ist. Er legt den Plan dem zuständigen Aus-

schuß des Bundestages vor. Die 33 Parlamentarier beraten darüber. Stimmen sie zu, kann der Finanzminister die Gelder ausgeben.

Bei größeren Summen muß er einen Nachtragshaushalt im Parlament einbringen. Er geht den normalen Gesetzengang. Bundestag und Haushaltsausschuß sowie der Bundesrat müssen zustimmen. Erst dann kann der Finanzminister die Gelder ausgeben.

In den vorliegenden Fällen mißachtete aber der ehemalige Finanzminister Helmut Schmidt eines der entscheidenden Rechte der Volksvertretung: das Budgetrecht. Schmidt gab die 2,708 Milliarden ohne Zustimmung des Parlaments.

Der erste Fall ist eine Kapitalzuführung an die Salzgitter AG von 100 Millionen DM.

*Schmidt sagt, das Eigenkapital des Bundesunternehmens sei unzureichend.*

Der Bundesrechnungshof stellt hierzu ganz klar fest, daß überplanmäßige Ausgaben im Januar 1974 zu Lasten des Haushalts 1973 nicht notwendig gewesen wären. Es wäre dem Unternehmen kein wesentlicher Nachteil entstanden, wenn die 100 Millionen DM im Haushalt 1974 ordentlich veranschlagt worden wären. Die Voraussetzungen des Artikels 112 des Grundgesetzes wären nicht gegeben.

Damit hat der ehemalige Bundesfinanzminister verfassungswidrig gehandelt.

Der zweite Fall ist der Erwerb von Beteiligungen an der Gelsenberg AG. Hier sind 672 Millionen DM überplanmäßig ausgegeben worden.

*Schmidt sagt, große Verluste durch die Ölkrise trafen die Gesellschaft. Schaden mußte von der gesamten Volkswirtschaft abgewendet werden.*

Der Bundesrechnungshof dagegen stellt ganz klar fest, daß bereits Anfang November 1973 die Entscheidung für den Erwerb gefallen war. Hier wäre ein Nachtragshaushalt gem. § 33 Haushaltsordnung notwendig gewesen. Vor dieser Möglichkeit hätte der Bundesfinanzminister wegen des Budgetrechts des Parlaments Gebrauch machen müssen.

Der dritte Fall ist die Kapitalzuführung an die Vereinigten Industrieunternehmen in Höhe von 100 Millionen DM.

*Schmidt sagt, die Verluste im Aluminiumbereich hielten an, Investitionen im Elektrobereich seien dringend nötig.*

Der Rechnungshof sagt: Verluste sind seit Jahren bekannt, ein Nachtragshaushalt wäre möglich gewesen.

Der finanziell schwerwiegendste Fall ist die sogenannte Liquiditätszuwendung an die Deutsche Bundesbahn in Höhe von 1,35 Milliarden DM.

*Schmidt sagt: Steigerung der Personalkosten und Einnahmeverminderungen machten Hilfe nötig.*

Der Rechnungshof sagt: Die schlechte Entwicklung war vorhersehbar. Außerdem hatte die Bahn beträchtliche Bankguthaben. Durch elastische oder laufende Regierungszahlungen hätte der Haushalt 1974 abgewartet werden können.

Der fünfte und letzte Fall ist die Darlehensgabe an die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 480 Millionen DM.

*Schmidt sagt: Der mittelständischen Wirtschaft mußte aus konjunkturellen Gründen rasch geholfen werden.*

Der Rechnungshof sagt: Die Gelder wurden von der Kreditanstalt größtenteils als Tagesgelder angelegt. Es bestand demnach kein Bedürfnis.

## ■ KOALITION

### Vertrauen aufgezehrt

Der Deutschland-Experte der polnischen Tageszeitung *Zycie Warszawy*, Marian Podkowinski, ist der Ansicht, daß die SPD die Kontrolle über ihre eigene Organisation verloren habe. In einem Kommentar über die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik schrieb er, die SPD sei dabei, das „angehäufte Kapital an sozialem Vertrauen aufzuzehren“. Sie verliere Stimmen in ihrer eigenen Wählerschaft. Der polnische Journalist ist ferner der Auffassung, daß die SPD ihre eigenen Prinzipien verraten habe. „Kampflos“ habe sie auch den Christ-Demokraten „wichtige Landstücke überlassen, die zu der Zeit, da die SPD sich in der Opposition befand, gepflügt worden waren“.

### Schlimme Folgen des SPD-Partei-Egoismus

Die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft durch den österreichischen Konsularvertrag mit Ost-Berlin ist die Folge des rücksichtslosen und sachkundigen Taktierens von Egon Bahr. Das Staatsangehörigkeitsproblem hätte vor Abschluß des Grundvertrages abgeklärt werden müssen. Er aber klammerte das Thema aus, weil es zeitraubend gewesen wäre, denn die SPD wollte den Vertrag vor der Bundestagswahl 1972 fertig haben.

Den Nachteil haben alle Zonenflüchtlinge, die nach dem 1. Januar 1972 geflohen sind. Sie werden von den Ostberliner Behörden weiterhin als Staatsbürger der DDR reklamiert, einschließlich derjenigen, die sich im Westen verheiratet haben, und ihrer Kinder.

Was sie auf Auslandsreisen künftig erwartet, ist noch gar nicht abzuschätzen. Nachteil haben auch die Neuflüchtlinge, die in Zukunft nicht mehr ohne weiteres ihren DDR-Paß gegen einen Reisepaß der Bundesrepublik austauschen können.

### „Rechte“ und „Linke“ in der SPD formieren sich

Die Zerstrittenheit der SPD wird immer deutlicher sichtbar. In Würzburg trat ein Kreis von etwa 50 führenden Sozialdemokraten zusammen, um „streng vertraulich“ die innerparteiliche Situation zu erörtern. Prominentester Teilnehmer war Bundesjustizminister Vogel. Hauptthema: Ob die Partei ihre Regierungs-, Reform- und Mehrheitsfähigkeit überhaupt noch aufrechterhalten kann. Übereinstimmung: Die Rückschläge bei den bisherigen Wahlen sind stärker als der Abnutzungsprozeß, dem eine Regierungspartei gemeinhin unterliegt. Hierfür machten die Teilnehmer die Jungsozialisten und die Parteilinke verantwortlich.

Die SPD-Linken wiederum nahmen den „Fall Geiselberger“ zum Anlaß, um über Bayern hinaus mit einer bundesweiten Aktion ihre Solidarität mit dem früheren Münchener Juso-Vorsitzenden zu bekunden.

Dreißig z. T. prominente SPD-Politiker wie das Berliner Parteivorstandsmitglied Harry Ristock, die Bundestagsmitglieder Manfred Coppik, Erich Meinike, Norbert Gansel und Lenelotte von Nothmer, der Tübinger Philologe und Schriftsteller Walter Jens, der Kabarettist Dieter Hildebrandt und der gesamte Juso-Bundesvorstand unternahmen den Versuch, mit einer gemeinsamen Solidaritätserklärung für den linksextremistischen Münchener Stadt-

rat Geiselberger, der durch seine kommunistischen Thesen zum Bodenrecht parteiintern unter Beschuß geraten war, das gegen ihn anhängige Parteiordnungsverfahren zu Fall zu bringen.

## **Wählerinitiative kehrt der SPD den Rücken**

Die sozialdemokratische Wählerinitiative in Schleswig-Holstein wird im bevorstehenden schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf die Sozialdemokratische Partei nicht mehr unterstützen. In einer veröffentlichten Erklärung heißt es wörtlich: „Die Wählerinitiative Nord wendet sich nun von dieser SPD ab, weil die Politik der SPD nichts mehr mit dem zu tun hat, für das die WIN (Wählerinitiative Nord) geworben hat. Wir können heute keinem Bürger gerade in die Augen sehen, den wir für die SPD geworben haben.“ Weiter wird ausgeführt, daß die Vielzahl der Meinungen innerhalb der heutigen SPD nicht mehr klar erkennen lasse, wohin die SPD gehen werde. „Die SPD betreibt zur Zeit eine bürgerfremde Politik.“

## **Radikalisierung mit Hilfe der Arbeitslosigkeit**

Die zunehmende Arbeitslosigkeit führt zu wachsender Kritik von Linksaußen an der SPD und an den Gewerkschaften. In einer Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Düsseldorf wurde dem SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Farthmann nach seinem Sachreferat über die wirtschaftspolitische Lage unter erstaunlich starkem Beifall vorgehalten, er stelle die Situation so dar, als gebe es nichts Schöneres auf der Welt, als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu sein. Die Arbeitslosigkeit sei allein eine Folge des kapitalistischen Systems. Sie beweiße, daß nicht die

SPD den politischen Kurs bestimme, sondern das Großkapital. Die Gewerkschaften schaden durch ihr „Stillhalteabkommen“ mit der SPD und durch die Verbreitung von „Friedensstimmung“ den Arbeitnehmern.

## **Die Ungenauigkeiten des Herrn Moersch**

In einer Fragestunde des Bundestages hat Staatsminister Moersch vom Auswärtigen Amt im Zusammenhang mit dem bei der Lieferung eines Kernkraftwerks an die Sowjetunion auftretenden Problemen behauptet, daß es sich um ein Kraftwerk mit Natururan handele, das aus einem europäischen Pool gespeist werden könne. Dagegen stellen Experten der Unionsfraktion fest, daß das Werk ein Leichtwasserreaktor sei, der mit angereichertem Uran betrieben werde, dessen Verkauf ausschließlich über die europäische Versorgungsagentur abgewickelt werde.

Moersch zeigt durch seine falschen Angaben, daß er sich mit der Problematik überhaupt nicht befaßt hat. Wenn von seiten der Bundesregierung mit derartig mangelhafter Sachkenntnis mit den Russen verhandelt wird, darf man sich über manche Ergebnisse nicht mehr wundern. Moersch wurde von der CDU/CSU aufgefordert, seine Äußerungen richtigzustellen.

## **Wer will schon aufgehetzte Lehrlinge?**

In einem Zirkular des Hamburger „Kurt-Schumacher-Kreises innerhalb der SPD“ bemerkt Prof. Andreae: „Wenn es unserer Bildungspolitik gelingt, mit Hilfe von Vorschlägen zur Berufsschulreform die Lehrlinge gegen ihre Lehrherren aufzuwiegeln, dann sollte man es nicht beklagen, daß die Lehrstellen knapp werden.“

## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Das neue Versandzentrum ist lieferbar. Alle in diesem Gesamtangebot aufgeführten Materialien der Bundesgeschäftsstelle können Sie ab sofort zu den angegebenen Mengen und Preisen bestellen.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
	<b>Helmut Kohl</b>		
163	Personalprospekt Helmut Kohl	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
289	„25 Jahre Grundgesetz“, enthält u. a. eine Rede von Helmut Kohl zum Festakt in der Paulskirche	20 Expl.	0,43 pro Expl.
308	Vierfarb-Rednerankündigungsplakat DIN A 1 (59,4 × 84 cm)	50 Expl.	0,45 pro Expl.
310	Helmut Kohl „CDU und Gewerkschaften“	20 Expl.	0,29 pro Expl.
317	Vierfarb-Rednerankündigungsplakat (DIN A 0 (84 × 118,8 cm))	50 Expl.	0,77 pro Expl.
	<b>Flugblätter</b>		
297	Steuerreform	1 000 Expl.	14,— pro 1 000 Expl.
313	„Nebel in Bonn“	1 000 Expl.	41,25 pro 1 000 Expl.
	<b>Faltprospekte</b>		
163	Personalprospekt Helmut Kohl	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
164	Personalprospekt Gerhard Stoltenberg	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM	
165	Personalprospekt Heinrich Köppler	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
166	Personalprospekt Hans Filbinger	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
167	Personalprospekt Hans Katzer	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
168	Personalprospekt Helga Wex	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
169	Personalprospekt Prof. Biedenkopf	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
170	Personalprospekt Walther Leisler Kiep	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
171	Personalprospekt Prof. Ludwig Erhard	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
172	Personalprospekt Kurt Georg Kiesinger	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
173	Personalprospekt Kai-Uwe von Hassel	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
174	Personalprospekt Prof. Karl Carstens	250 Expl.	5,80 pro	100 Expl.
176	Mitgliederwerbeprospekt „Ergreifen Sie Partei“ mit Antwortcoupon	1 000 Expl.	50,— pro	1 000 Expl.
236	Bodenrecht	1 000 Expl.	50,— pro	1 000 Expl.
237	Berufliche Bildung	1 000 Expl.	57,75 pro	1 000 Expl.
238	Mitbestimmung	1 000 Expl.	57,75 pro	1 000 Expl.
239	Vermögensbildung	1 000 Expl.	57,75 pro	1 000 Expl.
250	Lehrlingsfaltprospekt	1 000 Expl.	40,— pro	1 000 Expl.
278	Verfassung der Freiheit	1 000 Expl.	48,— pro	1 000 Expl.

### **Broschüren**

100	CDU-Statut, Finanzordnung	20 Expl.	0,35 pro	Expl.
226	Die CDU-Deutschlands — Aufbau und Organisation	20 Expl.	0,21 pro	Expl.
243	Materialien zur Grundsatzarbeit der CDU	20 Expl.	0,20 pro	Expl.
246	Berliner Programm	20 Expl.	0,26 pro	Expl.
247	Prof. Biedenkopf: Die Politik der Unionsparteien	20 Expl.	0,25 pro	Expl.
258	Schul- und Hochschulreform- programm der CDU	20 Expl.	0,40 pro	Expl.
275	Prof. Biedenkopf: Vortrag auf dem Wirtschaftstag '74	20 Expl.	0,30 pro	Expl.
289	„25 Jahre Grundgesetz“	20 Expl.	0,43 pro	Expl.
310	Helmut Kohl: CDU und Gewerkschaften	20 Expl.	0,29 pro	Expl.

### **Broschüren zur Parteiarbeit**

94	Regiebuch 1: Mitgliederwerbung	25 Expl.	1,— pro	Expl.
95	Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung	25 Expl.	1,— pro	Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
140	Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen	25 Expl.	1,— pro Expl.
177	Regiebuch 4: Wahlkampf	25 Expl.	1,— pro Expl.
320	Regiebuch 5: Kommunalwahlkampf	25 Expl.	0,69 pro Expl.
<b>Broschüren-Serie: Argumente-Dokumente-Materialien</b>			
86	Die Geschichte der CDU	25 Expl.	0,45 pro Expl.
118	Konzept der CDU für Umweltfürsorge	25 Expl.	0,38 pro Expl.
124	Justizpolitisches Programm der CDU	25 Expl.	0,45 pro Expl.
128	Der Bundesrat	25 Expl.	0,50 pro Expl.
157	Mitbestimmung in Unternehmen der Gemeinden	25 Expl.	0,60 pro Expl.
158	Zur Strukturpolitik	25 Expl.	0,29 pro Expl.
207	Das Karlsruher Urteil zum Grund- vertrag — Text mit ausführlichem Kommentar —	25 Expl.	0,20 pro Expl.
253	Pläne der CDU zur Sportförderung	25 Expl.	0,30 pro Expl.
294	Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst	25 Expl.	0,55 pro Expl.
307	Agrarpolitik in einer freien Gesellschaft	25 Expl.	0,36 pro Expl.
315	Sportprogramm der CDU	25 Expl.	0,23 pro Expl.
318	„Nebel in Bonn“ Skandale warten auf Klärung	25 Expl.	0,11 pro Expl.
319	Jugendpolitische Leitsätze der CDU	25 Expl.	0,11 pro Expl.
5322	Verwaltung und öffentlicher Dienst <b>NEU</b>	25 Expl.	0,28 pro Expl.
5323	Die Jungsozialisten <b>NEU</b>	25 Expl.	0,16 pro Expl.
5324	Versprochen — nicht gehalten Bilanz der Linkskoalition <b>NEU</b>	25 Expl.	0,13 pro Expl.
<b>Argumentationskarten</b>			
187	Karlsruher Urteil	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
188	Radikale	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
195	Verbraucherpolitik	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
198	Godesberger Programm	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
232	Bodenrecht	100 Expl.	4,— pro 100 Expl.
233	Berufliche Bildung	100 Expl.	4,— pro 100 Expl.
248	Gesellschaftspolitik	100 Expl.	4,— pro 100 Expl.
260	Umweltschutz	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
262	Verbrechensbekämpfung	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
266	Energiepolitik	100 Expl.	4,— pro 100 Expl.
267	Mitbestimmung	100 Expl.	4,— pro 100 Expl.
290	Sicherheitspolitik	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
291	Agrarpolitik	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
292	Frauen	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
293	Bildungsinhalte	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
298	Bundesrat	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
299	Numerus clausus	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
300	Familienprogramm	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
306	Mutter und Kind	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
314	Klarheit in Bonn	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
6325	Steuerreform <b>NEU</b>	100 Expl.	3,— pro 100 Expl.
6000	Satz Argumentationskarten	10 Satz	1,— pro Satz
<b>Wandzeitungen</b>			
295	Steuerreform	25 Expl.	4,— pro 25 Expl.
312	Nebel in Bonn — Klarheit in Bonn	25 Expl.	6,13 pro 25 Expl.
321	Arbeitslosigkeit und Inflation	25 Expl.	4,— pro 25 Expl.
<b>Plakate und Poster</b>			
271	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro 100 Expl.
272	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro 100 Expl.
287	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro 100 Expl.
288	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro 100 Expl.
308	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 1	50 Expl.	45,— pro 100 Expl.
317	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 0	50 Expl.	77,— pro 100 Expl.
311	Poster DIN A 0 — Opa erzählt das Märchen von Fürst Brandur dem Willygen	50 Expl.	57,56 pro 100 Expl.
8000	Rahmenplakat DIN A 0	50 Expl.	40,— pro 100 Expl.
8001	Rahmenplakat DIN A 1	50 Expl.	30,— pro 100 Expl.
8002	Rahmenplakat DIN A 2	50 Expl.	20,— pro 100 Expl.
<b>Kleinwerbemittel</b>			
145	CDU-Autoaufkleber	100 Expl.	10,— pro 100 Expl.
146	Schlüsselanhänger	100 Expl.	23,— pro 100 Expl.
270	Autoaufkleber — Fahren mit Vernunft —	100 Expl.	5,— pro 100 Expl.
302	Kugelschreiber weiß, mit rotem CDU-Aufdruck, mit Metallclip	100 Stk.	180,— pro 1000 Stk.
303	Papierfähnchen weiß, mit rotem CDU-Aufdruck	1000 Stk.	43,60 pro 1000 Stk.
304	Luftballons, bunt sortiert, mit schwarzem CDU-Aufdruck	1000 Stk.	61,— pro 1000 Stk.
305	Kunststoff-Tragetaschen, weiß, mit rotem CDU-Aufdruck	1000 Stk.	31,— pro 1000 Stk.
9082	CDU-Button	100 Stk.	8,10 pro 100 Stk.

Best.-Nr.	Titel	Mindestabnahme	Preis DM
<b>Diverses</b>			
148	CDU-Anstecknadel (blau mit CDU-Signet, Silber)	100 Expl.	27,— pro 100 Expl.
155	CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige Mitgliedschaft mit Anstecknadel (für Männer)	25 Expl.	13,75 pro 25 Expl.
178	Sonnenschirm zum Canvassing-Stand		53,—
208	Ehrenurkunden für 25jährige Mitgliedschaft	25 Expl.	0,40 pro Expl.
264	CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige und längere Mitgliedschaft mit Sicherheitsnadel (für Frauen)	25 Expl.	16,— pro 25 Expl.
301	Ordner-Armbinden, weiß, mit schwarzem Aufdruck „Ordner“	50 Expl.	23,— pro 50 Expl.
0016	Presseinformationsmappen — ohne Inhalt	50 Expl.	0,50 pro Expl.
0018	Canvassing-Stand		85,—

An das IS-Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666

## Bestell-Coupon

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift:

Best.-Nr.	Bezeichnung	Stückzahl	Rechnungssumme

Absender: Name .....  
 Anschrift.....  
 Unterschrift ..... Datum .....

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum in 483 Gütersloh 1, Postf. 6666.**  
 Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zzgl. Mehrwertsteuer und Versandkosten.

 **ZITAT**

## Danach die Sintflut?

*Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat fleißige Arbeit geleistet. Die im Etat 1975 enthaltenen Investitionsaufträge lassen sich schon jetzt vorziehen, um der von Schwäche-Anfällen geschüttelten Konjunktur belebende Spritzen zu verabreichen.*

*Das ist aber auch schon beinahe alles, was sich Gutes über diesen Haushalt sagen läßt. Ansonsten spiegelt er eine Misere der Wirtschaft und der Staatsfinanzen wider, die sich im weiteren Ablauf der Ereignisse zur Katastrophe auswaschen könnte. Die SPD/FDP-Regierungskoalition, die diese Haushaltspolitik zu verantworten hat, erweckt mittlerweile den Eindruck, als wolle sie einen Großteil der Probleme bewußt vor sich her schieben; nach dem Motto: Nach uns die Sintflut.*

*Finanzminister Apel und die Haushaltsexperten der Koalition werden solchen Verdacht natürlich weit von sich weisen. Sie können für sich in Anspruch nehmen, daß in Zeiten der Wirtschaftflaute eine sprunghaft anwachsende Verschuldung des Staates konjunkturpolitisch vertretbar erscheint. Bedenklich ist aber, daß Ausgabenzuwachs und Schuldenberg kaum den staatlichen Investitionen, sondern in der Hauptsache der Konsumnachfrage zugute kommen.*

*Das neue Konjunkturprogramm der Regierung kann diese Fehlentwicklung vorläufig nur unwesentlich korrigieren. Die Fülle der ungedeckten Risiken, die den Haushalt belasten, sollten überdies den Bundesfinanzminister nicht ruhig schlafen lassen. Er muß sich zum Beispiel darauf einrichten, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst ihm größere Summen abver-*

### Anschritt:

*langen werden, als zunächst im Haushalt vorgesehen sind. Wenn aber die Konkurse sich häufen und die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen sollte, dann müssen die Steuereinnahmen so stark hinter den Erwartungen zurückbleiben und die Darlehen an die Bundesanstalt für Arbeit ein solches Ausmaß erreichen, daß von einer soliden Finanzpolitik nicht mehr zu sprechen sein wird.*

*Schon jetzt wird der Kreditbedarf des Bundes auf mehr als 22 Milliarden Mark, der Kreditbedarf der öffentlichen Hand insgesamt auf annähernd 60 Milliarden Mark veranschlagt. Wer diesen Bedarf noch mehr ausweitet läuft Gefahr, ihn nur noch mit Inflation finanzieren zu können, ohne daß ein neuer Wirtschaftsaufschwung gelingen könnte.*

*Denkt man an das Jahr der Bundestagswahl 1976, so kann einem nur angst und bange werden. Von der Staatskasse her wären dann massive Steuererhöhungen, gleichzeitig aber auch ein schmerzhafter Abbau der staatlichen Leistungen kaum noch zu vermeiden. Da die Regierung aber vermutlich den Wählern weder das eine noch das andere würde zumuten wollen, würde die Fahrt in die Inflation beschleunigt, und die Arbeitslosigkeit würde zur Dauereinrichtung. Denn Arbeitslosigkeit läßt sich mit Inflation nicht mehr bekämpfen, sondern nur noch fördern.*

**Rheinische Post, 25. 1. 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Mültenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

